

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 8/85

Berlin

21. Februar 1985

52. Jahrgang

### Wirtschaftsreformen in Osteuropa: Effizienzsteigerung oder Sackgasse?

*Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung veranstaltete mit Förderung des Berliner Senators für Wirtschaft und Verkehr am 10. und 11. Dezember 1984 ein Symposium, das sich mit Lage und Entwicklung sowie den unterschiedlichen Reformansätzen in den osteuropäischen Staaten beschäftigte. Der folgende Bericht enthält einen Überblick über die Referate. Der vollständige Text der Vorträge wird in den Vierteljahrsheften zur Wirtschaftsforschung veröffentlicht.*

#### Ziele des Symposions

Die weltweiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre haben ihre Spuren in West und Ost hinterlassen. Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit sie von einer Region auf die andere übertragen wurden und inwieweit es gemeinsame Probleme waren. Sicher ist, es gibt eine ganze Anzahl von Feldern, in denen West und Ost gleichermaßen nach neuen wirtschaftspolitischen Lösungen suchen müssen. Die Produktivitätszunahme ist niedrig oder doch zumindest langsamer geworden, obwohl die moderne Technologie rasche Fortschritte macht. Vielen Industrieländern, insbesondere aber den Ländern des RGW-Raumes, fällt es nicht leicht, die modernen Technologien einzuführen. Die erhebliche „Energie- und Rohstoffverteuerung stellt Anpassungsaufgaben, die nicht einfach zu bewältigen sind. In West und Ost wird darüber geklagt, daß man nicht ausreichend auf die Herausforderung des Strukturwandels reagiert habe.

Die in den letzten Jahren im Westen gemachten Erfahrungen zeigen, daß die Lösungskapazität des Marktes nach wie vor beachtlich ist. Auch wenn es einige Bereiche gibt, in denen Strukturwandel ohne Hilfe des Staates nicht vorankommt, kann letztlich kein Zweifel darüber bestehen, daß der Versuch, Strukturwandel am Markt vorbei durch Staatsintervention zu gestalten, nicht gut gelungen ist. Das DIW hat in seinem Strukturbericht 1983

gezeigt, daß z.B. staatliche Subventionen den Strukturwandel eher behindert als gefördert haben. Was macht man nun aber, wenn — wie in sozialistischen Ländern — der Markt zur Lösung der Anpassungsaufgabe nicht zur Verfügung steht? Ist es möglich, diese Aufgaben ohne eine Anpassung des Planungs- und Leitungssystems an die veränderten Wachstumsbedingungen zu bewältigen? Kann das System überhaupt ohne Wirtschaftsreformen stabilisiert werden?

Es ist ein alter Streitpunkt, welche Veränderung des Planungs- und Leitungssystems als Wirtschaftsreform bezeichnet werden soll und welche nicht. Aus der Systemtheorie ist bekannt, daß auch quantitative Veränderungen zu qualitativen Sprüngen führen können. Insofern ist die Frage, von welcher Veränderung an man von Reformen spricht, nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Dazu kommt, daß in einigen Ländern des RGW-Raumes grundsätzlich eine veränderte Reformstrategie zu beobachten ist: Es geht nicht mehr, wie in den sechziger Jahren, um großangelegte Reformen und Neukonzeptionen, sondern mehr um viele kleine Teiländerungen des Wirtschaftsmechanismus, um die „Vervollkommnung“ des Bestehenden.

In diesem Symposium wurden diejenigen RGW-Länder in den Vordergrund gestellt, die entweder die interessantesten Reformkonzepte entwickelt haben oder für die Entwicklung des RGW-Raumes besonders maßgebend sind. Auf der einen Seite sind dies Ungarn und Bulgarien, auf

Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den RGW-Ländern

Jährliche Veränderung in vH

Länder	1981	1982	1983		1984	1975/70 <sup>1)</sup>	1980/75 <sup>1)</sup>	1985/80 <sup>1)</sup>
	Ist			Plan		Ist		Plan
Produziertes Nationaleinkommen								
Bulgarien	5,0	4,2	3,0	3,8	3,8	7,8	6,1	3,7
CSSR	-0,8	-1,0	2,2	2,0	2,2	5,5	3,7	2,0-2,6
DDR	4,8	2,6	4,4	4,2	4,4	5,4	4,1	5,1
Polen	-12,0	-5,5	4-5	2,5	2,6	9,8	1,7	3,5-5,6
Rumänien	2,1	2,8	3,4	5,0	7,3	11,3	7,2	6,7-7,4
Ungarn	2,5	2,6	0,3	1,0	1,5-2,0	6,2	3,2	2,7-3,4
RGW(6) <sup>2)</sup>	-1,4	0,2	3,2	2,9	3,9	7,8	3,9	4,2-5,1
UdSSR	3,3	3,5-4,0	3,5-4,0	4) 3,3	3,5-4,0	5,7	4,1	4,0
RGW(7) <sup>2)</sup>	2,0	2,9	3,8	3,2	4,0	6,3	4,0	4,1-4,3
Bruttoproduktion der Industrie								
Bulgarien	4,8	4,6	4,6	4,8	5,0	9,1	6,0	5,1
CSSR	2,2	1,0	2,7	2,4	2,9	6,7	4,5	2,7-3,4
DDR	4,7	3,1	4,1	5) 3,8	5) 3,6	6,4	5,0	5,1
Polen	-10,8	-2,1	6,2	1,6	4,5-5,5	10,4	4,6	3,8-5,4
Rumänien	2,6	1,1	4,8	6,6	6,7	12,9	9,5	7,6
UdSSR	3,4	2,9	4,0	3,2	3,8	7,4	4,5	4,7
Ungarn	2,3	2,0	0,7	2,0	1,5-2,0	6,4	3,4	3,5-4,1
Bruttoproduktion der Landwirtschaft								
Bulgarien	5,9	4,7	-4,0	2,7	3,1	3,0	0,8	3,4
CSSR	-2,6	1,1	2,2	2,8	2,2	2,7	1,8	1,4-1,9
DDR	1,6	-4,0	0,9	.	6,0	2,7	1,4	.
Polen	-0,8	-4,1	1,1	.	1,5-2,0	3,7	-1,8	2,0-3,8
Rumänien	-0,9	7,6	-2,0	5,1-5,6	5,4-6,0	6,5	4,0	4,5
UdSSR	-1,0	5,1	5,0	10,5	6,4	0,8	1,2	4,8
Ungarn	0,0	5,0	-3,2	.	3,5	4,7	2,3	2,3-2,8
Arbeitsproduktivität in der Industrie <sup>8)</sup>								
Bulgarien	2,8	3,8	5,0	.	.	6,8	5,2	.
CSSR	2,6	2,5	2,2	.	.	6,0	4,1	2,3
DDR	4,2	2,6	3,4	4,0	3,5	5,3	4,5	5,2
Polen	-10,6	4,0	8,0	.	.	7,7	3,8	7) .
Rumänien	2,4	1,8	2,7	9,2	8,0	6,4	6,7	7,0
UdSSR	2,7	1,9	3,5	2,9	3,4	6,0	3,2	4,2
Ungarn	4,5	4,1	3,1	.	.	6,2	4,6	3) 3,8
Brutto-Anlageinvestitionen								
Bulgarien	10,5	3,5	-4,0	11) 7,7	9) 11) 24,4	8,6	4,0	0,9
CSSR	-6,7	-1,1	2,2	-2,1	-0,0	8,0	2,8	0,0
DDR	2,7	-5,2	-0,0	-5,0	.	4,8	3,4	-2,1
Polen	-22,3	-12,1	7,2	-1,6	-2,8	17,5	-3,0	3,5-3,6
Rumänien	-6,7	-2,5	2,9	0,7	4,0	11,5	8,5	5,2
UdSSR	3,6	3,8	5,0	3,2	3,9	6,9	3,4	1,7
Ungarn	-6,1	1,0	-3,3	-10,0	-10,0	7,0	2,4	0,0

der anderen die UdSSR und die DDR. Im Falle der DDR kommt hinzu, daß sie schließlich auch einer der Forschungsschwerpunkte der Abteilung DDR und östliche Industrieländer des DIW ist.

Das Symposium beschränkte sich bewußt auf die Behandlung wirtschaftlicher Probleme. Ohne Zweifel haben die aus der Sicht der Veranstalter vorhandenen Unterschiede des Reformprozesses in den einzelnen Ländern des RGW-Raumes auch eine innen- und eine

außenpolitische Dimension. In den Diskussionen innerhalb der RGW-Länder zeichnen sich diese mehr und mehr ab. Die überstaatliche Abstimmung der nationalen Reformpolitik wurde von sowjetischen Politikern und Wissenschaftlern schon mit Nachdruck gefordert. Bisher ist sie indes im theoretischen Stadium geblieben; es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß diese Diskussion zunehmend an Gewicht gewinnen wird. Will man sie in all ihren Aspekten richtig einordnen, muß man zunächst verstehen, was sich bisher in den einzelnen RGW-Ländern an

**Noch Tabelle: Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den RGW-Ländern**

Jährliche Veränderung in vH

Länder	1981	1982	1983		1984	1975/70 <sup>1)</sup>	1980/75 <sup>1)</sup>	1985/80 <sup>1)</sup>
	Ist		Plan		Ist		Plan	
Einzelhandelsumsatz <sup>10)</sup>								
Bulgarien	4,5	4,9	3,8	4,1	4,2	7,7	4,1	3,7-4,0
CSSR	4,2	-2,1	11) 2,9	1,0	1,9	5,4	1,5	.
DDR	2,5	1,2	0,7	3,0	2,2	5,0	4,0	3,7
Polen	-3,0	-15,4	9,0	.	.	10,8	3,6	.
Rumänien	4,3	.	0,5	3,0	3,0	8,1	7,8	4,0
UdSSR	4,4	0,0	2,7	5,4	5,4	6,3	4,5	3) 4,2
Ungarn	3,2	1,3	0,3	.	.	6,2	2,6	1,5
Durchschnittliche Löhne und Gehälter <sup>12)</sup>								
Bulgarien	5,2	2,6	2,4	1,5	.	3,3	5,8	2,7
CSSR	1,6	2,3	1,9	.	1,5	3,5	2,8	1,0
DDR	2,4	1,9	1,3	3,0	2,2	3,3	2,8	3,7
Polen	27,4	50,7	25,2	6) 16,0	16-18	9,8	8,9	.
Rumänien	4,6	8,8	3,0	4,0	.	4,3	7,0	4,6
UdSSR	2,1	2,8	2,4	1,9	2,2	3,6	3,0	2,5
Ungarn	6,2	6,6	4,8	3,7	4,8-5,0	5,6	7,2	4,5-5,0
Ausfuhr <sup>13)</sup>								
Bulgarien	10,8	10,3	8,6	.	.	14,1	14,5	.
CSSR	9,4	9,0	9,0	.	.	11,3	11,4	.
DDR	15,4	14,1	12,0	.	.	12,8	10,2	.
Polen	-14,2	12,4	11,1	11,0	12,8	19,3	8,7	9,7
Rumänien	12,5	-8,3	6,0	.	.	19,1	15,3	15,7
UdSSR	15,0	10,6	7,5	.	.	15,9	15,6	.
Ungarn	6,5	8,4	15,3	7,0	6,3	13,9	7,2	6,5-6,8
Einfuhr <sup>13)</sup>								
Bulgarien	20,2	10,2	7,9	14) 8,0	14) 8,1	19,6	9,5	14) 7,5
CSSR	5,9	9,2	9,3	.	15) 9,0	13,7	10,0	15) 4,6
DDR	6,4	4,3	9,0	14) 13,0	14) 5,0	14,1	9,9	.
Polen	-10,8	-9,8	10,6	14) 14,0	14) 14,8	23,7	6,7	9,1
Rumänien	-2,8	-21,8	-4,3	14) 13,8	14) 13,8	17,7	17,4	7,7
UdSSR	18,4	7,2	5,6	15) 7,7	14) 10,0	20,4	10,8	16) 7,0
Ungarn	4,8	3,3	12,4	0,0	0,0	15,9	4,8	3,3-3,5

Anmerkung: Angaben für 1983 vorläufig. Die mittelfristigen Planangaben für Polen beziehen sich auf 1983 bis 1985.

1) Im Jahresdurchschnitt.- 2) Gewichte in vH des insgesamt produzierten Nationaleinkommens: Bulgarien 2,1; CSSR 5,1; DDR 6,7; Polen 8,3; Rumänien 4,8; Ungarn 2,3; RGW(6) 29,3; UdSSR 70,7; vergleiche: Economic Survey of Europe 1977.- 3) Geschätzt.- 4) Verwendetes Nationaleinkommen.- 5) Umsatz.- 6) 1980 = 100.- 7) Netto.- 8) Bruttoproduktion je Beschäftigten.- 9) 1982 = 100.- 10) Errechnet nach dem sogenannten Index des physischen Volumens.- 11) Zu jeweiligen Preisen.- 12) Staatlicher Sektor, nominal.- 13) Zu laufenden Preisen und jeweiligen Wechselkursen, fob-Werte; Ungarns Einfuhr cif.- 14) Umsatz (Einfuhr und Ausfuhr).- 15) Umsatz mit sozialistischen Ländern.- 16) Umsatz mit RGW-Ländern (real).

Quellen: Statistisches Jahrbuch der Mitgliedsländer des RGW, div. Jahrgänge.- Statistische Jahrbücher bzw. Monatshefte sowie Pläne und Planerfüllungsberichte der RGW-Länder.

Veränderungen des Planungs- und Leitungssystems, an Wirtschaftsreformen, ergeben hat.

**Vorfeld der Reformbestrebungen:  
Leistungsschwäche, außenwirtschaftliche  
Belastungen, stagnierender Lebensstandard**

Die RGW-Volkswirtschaften sind Mitte der siebziger Jahre in eine Wachstumsabschwächung geraten, die sich anschließend verstärkt hat. In den Jahren 1981 und

1982 erreichten die Zuwachsraten ihren Tiefstand. Verursacht wurde dies zunächst durch binnenwirtschaftliche Faktoren. Das Arbeitskräfteangebot hatte sich vor allem aus demographischen Gründen mehr und mehr verknappert, der Ausbau der Produktionskapazitäten mußte begrenzt werden. Überall sollte das Wachstum stärker durch „Intensivierung“ als durch extensive Vermehrung der Produktionsfaktoren ermöglicht werden. In dieser Situation haben sich die altbekannten Schwächen der

osteuropäischen Planwirtschaften — ineffizienter Einsatz von Arbeit und Kapital, Innovationsträgheit, Leitungs- und Organisationsmängel auf Makro- und Mikroebene usw. — stärker negativ bemerkbar gemacht als zuvor.

Die weltwirtschaftlichen Veränderungen zu Anfang der siebziger Jahre hatten für die UdSSR wachstumsfördernde Effekte. Die kleineren osteuropäischen Staaten waren demgegenüber seither mit zwei außenwirtschaftlichen Problemen konfrontiert: Ihre Terms of Trade verschlechterten sich infolge der weltweiten Rohstoffverteuerung, und ihre Handelsbilanzen wiesen — insbesondere gegenüber dem Westen — zunehmende Importüberschüsse auf. Sie mußten durch Kredite gedeckt werden. Aber erst der zweite Ölpreisschock (1979/80) und vor allem die nach der Polen-Krise (April 1981) veränderte Kreditpolitik westlicher Geschäftsbanken haben diese Staaten zu einer zahlungsbilanzorientierten Wirtschaftspolitik gezwungen. Die Gruppe der kleineren Länder hat 1982 und 1983 im Handel mit den OECD-Ländern — zum ersten Mal seit Mitte der fünfziger Jahre — Exportüberschüsse erwirtschaftet. Dies geschah primär jedoch durch eine Drosselung der Importe, mit negativen Auswirkungen auf die Inlandsversorgung. 1983 konnte die Nettoverschuldung in konvertierbaren Währungen um 4 bis 4,5 Mrd. auf 53 Mrd. US-\$ abgebaut werden (ein Teil dieses Rückgangs ist allerdings durch die Dollaraufwertung verursacht worden).

Grundsätzlich haben die RGW-Staaten die Steigerung des Massenwohlstands zur „Hauptaufgabe“ des Wirtschaftens erklärt, wobei sie ein Verbrauchsniveau anstreben, das dem der führenden westlichen Industrienationen entspricht. Puritanismus und Gleichmacherei werden von Ideologen und Wirtschaftsplanern abgelehnt, sie distanzieren sich allerdings auch von den Auswüchsen westlicher „Konsumgesellschaften“ und ihrer Wegwerfmentalität.

Die tatsächliche Entwicklung des Lebensstandards blieb in der zweiten Hälfte der 70er und zu Beginn der 80er Jahre hinter den Erwartungen und hinter den Planzielen zurück. Die bis 1975 relativ hohen Zuwachsraten des privaten Verbrauchs verringerten sich in den folgenden Jahren. In einigen Ländern trat Stagnation, in anderen sogar eine absolute Verschlechterung der Versorgungslage ein. Es kam verbreitet zu Angebotsverknappungen bei bestimmten Lebensmitteln, in Polen und Rumänien mußten einige Nahrungsmittel rationiert werden. Die Stagnationserscheinungen stehen in ursächlichem Zusammenhang mit dem nachlassenden Wirtschaftswachstum der osteuropäischen Länder und mit der Tatsache, daß andere Ziele, wie der Abbau der Auslandsverschuldung, Priorität gegenüber der Wohlstandssteigerung gewonnen haben. Bei dem Bemühen, die Wachstumskrise und die Konsumschwäche zu überwinden, gingen die einzelnen Länder unterschiedliche Wege, die sich vor allem in der Preis- und Subventionspolitik sowie in der Duldung gewisser marktwirtschaftlicher

Elemente nachweisen lassen. Dabei nehmen die UdSSR und Ungarn extreme Positionen ein, die übrigen Länder liegen zwischen den Extremen.

Stagnation und Unterschiede in der Wirtschaftspolitik haben an der „Rangordnung“ der RGW-Länder im Lebensstandard kaum etwas geändert (bei Vernachlässigung des Sonderfalles Polen): Die Spitzengruppe besteht nach wie vor aus der DDR, der CSSR und Ungarn, die alle in der genannten Reihenfolge über dem RGW-Durchschnitt liegen. Unter dem Durchschnitt befinden sich die UdSSR, Bulgarien und — mit Abstand — Rumänien als Schlußlicht.

Seit 1983 steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion in Osteuropa wieder schneller an. Noch ist zweifelhaft, ob es sich dabei um einen anhaltenden Aufwärtstrend handelt, weil die Ursachen für diesen Aufschwung noch nicht klar erkennbar sind. Insbesondere ist fraglich, ob zu dieser Steigerung alle diejenigen Maßnahmen beigetragen haben, die von den politischen Führungen Osteuropas als Reaktion auf nachlassendes Wachstumstempo, knapper werdende Ressourcen und außenwirtschaftliche Belastung unternommen wurden, um die Systeme der Planung und Leitung zu verbessern.

### Sowjetunion: Experimente

Seit Andropov hat sich die Reformszenerie der sowjetischen Wirtschaft wieder belebt. Die gegenwärtige Wirtschaftsführung setzt diesen Kurs der „technokratischen Straffung“, der „kleinen Schritte“ innerhalb des administrativen Planungssystems fort. Ursächlich hängen Reformdiskussion und Reformmaßnahmen mit der sich weiter verstärkenden Knappheit an Arbeitskräften, Kapital, Energie und anderen Rohstoffen zusammen. Die Führung muß deswegen auf Effizienzsteigerungen bedacht sein.

Eine Neuregelung des Planungssystems der Industrie steht offenbar unmittelbar bevor. Denn im nächsten Jahr beginnt eine neue fünfjährige Planperiode (1986 bis 1990), und erfahrungsgemäß sind mit einem Wechsel von Planperiode zu Planperiode Veränderungen im Planungssystem verbunden. Ausgangspunkt dafür ist ein Planungsexperiment, das mit Wirkung vom 1. Januar 1984 im Bereich von fünf ausgewählten Industrieministerien gestartet und inzwischen auf sieben weitere Ressorts ausgeweitet wurde. Die Hauptelemente dieses Experiments sind:

- Neugestaltung des Planungsrahmens durch rechtzeitige und mittelfristige stabile Planung (eine alte, nie realisierte Idee);
- Erweiterung des Entscheidungsspielraums der Produktionsvereinigungen und Betriebe durch Beteiligung an der Planung, Reduzierung der vollzugsverbindlich vorgeschriebenen Plankennziffern, Austausch von Kennziffern, Ausbau der Regulierung über

Normen, stärkere Bedeutung zwischenbetrieblicher Verträge;

- Erweiterung des Finanzspielraums der Produktionsvereinigungen und Betriebe durch mehr Entscheidungen über eigene Fonds, durch erweiterte Kreditaufnahme und Übergang von der Gewinnabführung zur „Normativ-Methode“, d.h. einer Art Gewinnbesteuerung;
- Neuregelung des Anreizsystems durch „Vervollkommnung und Vereinfachung“ des Prämiensystems, Neufestsetzung „fondsbildender Kennziffern“, mehr Elastizität für die Lohngestaltung innerhalb der Betriebe.

Über die Ergebnisse dieses Experiments wird in der sowjetischen Presse laufend berichtet, wobei Positives wie Negatives festgehalten wird. Erweiterte Spielräume für Entscheidungen und Initiativen der Betriebe bzw. der Produktionsvereinigungen werden ebenso hervorgehoben wie die Mängel bei der horizontalen Einordnung der Experimentbetriebe (Stichwort: unzureichende Anpassung der Materialversorgung) bzw. bei ihrer vertikalen Verankerung (Stichwort: Fortdauer des übermäßigen Intervenierens und Reglementierens durch die vorgesetzten Ministerien).

Das Experiment und damit auch die bevorstehende Reform bleiben eindeutig innerhalb des traditionellen Planungssystems, dessen Grundinstitutionen und Prinzipien nicht verändert werden. Es ist daher damit zu rechnen, daß auch die Ergebnisse begrenzt bleiben werden, wenn auch Verbesserungen, zumindest partieller Natur, von vornherein nicht ausgeschlossen werden dürfen. Nichts spricht gegen die Anwendbarkeit der „Sozialtechnik kleiner Schritte“ auch in sozialistischen Planwirtschaften.

Dem stehen allerdings weitergehende Reformvorschläge entgegen wie der sogenannte „Bericht aus Novosibirsk“, mit denen ein „tiefgehender und umfassender Wandel“ des sowjetischen Wirtschaftssystems gefordert wird. In diesem Bericht wird gerade betont, daß das bestehende System nicht durch den Einbau neuer, „progressiver Elemente“ verbessert werden kann. Solche Reformansätze stoßen heute und für eine überschaubare Zukunft in der UdSSR indes auf innen- und außenpolitische sowie auf ideologische Grenzen, so daß es bis auf weiteres beim nur partiell modifizierten System administrativer Wirtschaftsplanung bleiben wird.

### DDR: Reform in kleinen Schritten

Die „ökonomische Strategie für die achtziger Jahre“, auf dem X. Parteitag der SED 1981 verkündet, stellte die „Intensivierung“ für die DDR-Wirtschaft in den Mittelpunkt. Alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Relation zwischen Aufwand und Ertrag, zur Rationalisierung und Produktivitätssteigerung sollten genutzt werden. Mit der Erweiterung der Steuerungselemente in der Formulie-

rung „Leitung, Planung und wirtschaftliche Rechnungsführung“ (früher nur: Leitung und Planung) kommt der hohe Stellenwert von Kosten-Ertragsrelationen zum Ausdruck: Das Prinzip der Optimierung soll an die Stelle des Prinzips der Maximierung treten.

Die programmatischen Leitlinien der ökonomischen Strategie haben inzwischen ihre konkrete Ausformung in einer Fülle gesetzlicher Regelungen gefunden, die den Wirtschaftsmechanismus umgestaltet haben. Rund 80 Gesetze und Verordnungen wurden geändert. Als wichtigste sind zu nennen:

- Der organisatorische Aufbau in der Industrie der DDR wurde durch die Kombinatbildung verändert. Große Produktionseinheiten mit eigenen Forschungseinrichtungen, Zulieferkapazitäten und Außenhandelsbefugnissen sollen den gesamten Produktionsprozeß rationeller organisieren helfen.
- In der direkten Steuerung (verbindliche Auflagen für die Kombinate und die Betriebe) gibt es neue Hauptkennziffern für die Leistungsbewertung, und zwar Nettoproduktion, Nettogewinn, Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung, Export. Außerdem werden die Bilanzierung und die Arbeit mit Normen und Normativen für den Materialverbrauch jetzt straffer gehandhabt. In vielen Bereichen (Transport, Investitionen, Forschung und Entwicklung) gibt es Neuregelungen.
- Mit der indirekten Steuerung sollen die Betriebe durch Gewährung oder Entzug von Vorteilen zum staatlich gewünschten Verhalten veranlaßt werden. Alle diese Maßnahmen knüpfen im Prinzip an den Gewinn an. Aus dem Nettogewinn wird u.a. der Prämienfonds gespeist; Gewinnerzielung liegt somit im Interesse von Betrieb und Beschäftigten. Mit einer vorsichtigen Aufwertung der Rolle des Gewinns und Varianten bei den Komponenten der Gewinnentstehung (Kredit, Zins, Beitrag für gesellschaftliche Fonds, Produktionsfondsabgabe, Preise) soll das materielle Interesse an Einsparungen stimuliert werden.
- Zur Überwachung und Bewertung der Leistungen ist das Netz von Kontrollorganen und -instrumenten erweitert worden.

Anders als beim NÖS in den sechziger Jahren ist diesmal allerdings kein Schritt zur Dezentralisierung von Entscheidungen getan worden. Erste Ansätze zur Erweiterung der Entscheidungsbefugnisse der Kombinate, die mit der Kombinatbildung angelegt waren, sind inzwischen wieder eingeengt worden. In der Reihe der Reformansätze steht die DDR damit nicht auf der Seite von Ungarn, sondern eher auf der Seite des traditionellen Planungssystems der Sowjetunion.

Auch das neue System hat deutliche Schwachstellen (Interessengegensatz Kombinat/Betrieb, „weiche Pläne“, Innovationsträgheit, zu geringe Motivation, Preisverzerrungen). Es setzt auf Stabilität und Exaktheit, wo

schnelles Reagieren und Beweglichkeit erforderlich wären. Insgesamt ist der jetzige Wirtschaftsmechanismus aber zweifellos leistungsfähiger als das System in den siebziger Jahren. Die Senkung des spezifischen Energie- und Materialverbrauchs und die Stabilisierung des Wachstums sind als erste Erfolge anzusehen.

### **Ungarn: Gewinnorientierung**

Ziel des bereits 1968 eingeführten „Neuen Wirtschaftsmechanismus“ war die Verbindung von zentraler Globalplanung und betrieblicher Detailplanung. Im Volkswirtschaftsplan wurden nur noch die Hauptziele für die wirtschaftliche Entwicklung festgelegt. Die zentralen Ziele sollten vorwiegend durch ein „System der ökonomischen Regulative“ erreicht werden. Der Plan war nun nicht mehr die Summe aller administrativ festgelegten Produktionsvorgaben. Daneben kamen Richtlinien über den Einsatz indirekter Lenkungsmittel hinzu. Hierzu zählen vor allem Preis-, Lohn-, Kredit- und Devisenpolitik. Die Produktionsentscheidungen wurden weitgehend den Betriebsleitern überlassen. Die Maximierung des Betriebsgewinns sollte zur wesentlichsten Zielfunktion des betrieblichen Handelns werden.

1973 wurde die Reform gestoppt. Die Gründe sind nicht eindeutig zu diagnostizieren. Soweit sie ökonomischer Natur sind, kann die Hypothese aufgestellt werden, daß das entstandene Ungleichgewicht hierfür verantwortlich war. Investitionen und Konsum überstiegen die Inlandsproduktion und mußten insoweit durch Importüberschüsse bzw. Auslandskredite alimentiert werden. Damals wagte man es offensichtlich nicht, das Konsolidierungsziel über eine weitere Eindämmung zentraler Macht zugunsten der Betriebe zu erreichen.

Ausgelöst durch die drastischen Veränderungen auf dem Weltmarkt verschlimmerte sich das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht. Ungarn wird von Veränderungen auf dem Weltmarkt besonders stark betroffen. Die relative Rohstoffarmut bedingt umfangreiche Importe, die geringe Größe des Inlandsmarkts erfordert eine starke Spezialisierung bzw. Konzentration auf relativ wenige Produkte, damit die Kostenvorteile der Großserienproduktion genutzt werden können. Die Außenhandelsverflechtung Ungarns ist die höchste im RGW und betrug 1983 — gemessen an der Exportquote (Exporte in vH des Nationaleinkommens) — 50 vH.

Die außenwirtschaftlichen Probleme haben sicher mit dazu beigetragen, daß sich Ende der siebziger Jahre in Ungarn wieder die Kräfte durchsetzen konnten, die für eine Weiterentwicklung des „Neuen Wirtschaftsmechanismus“ plädieren. Sie argumentierten, daß nur auf diesem Wege die wirtschaftlichen Probleme gemildert und der Anschluß an den Weltmarkt gewährleistet werden können. Die Unterbrechung des Reformprozesses habe bereits — so ein ungarischer Wirtschaftspolitiker — zahl-

reiche negative Konsequenzen für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung Ungarns mit sich gebracht.

Mit der 1980 beginnenden Einführung zahlreicher Maßnahmen zur Veränderung des Wirtschaftsmechanismus ist die ungarische Reformpolitik in eine neue Phase getreten. Die wichtigsten Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus sind:

- Die starke Ausrichtung der Inlandspreise an den Weltmarktpreisen;
- die Einführung eines einheitlichen Wechselkurses;
- Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs und zur Legalisierung der „second economy“.

Allerdings fehlt es häufig an der konsequenten Durchsetzung der Maßnahmen:

- Auf die Subventionen entfallen noch immer 30 vH der Staatsausgaben.
- Die Steuerungsfunktion des Wechselkurses wird durch Importabgaben und Exportsubventionen verwässert.
- Unrentable Betriebe werden nur in extremen Fällen geschlossen (Vollbeschäftigungsgarantie!).

Bisher haben die Reformmaßnahmen nur begrenzte Erfolge gebracht: Eine Umschuldung konnte nur durch externe Hilfen (IMF, BIZ) vermieden und die Handelsbilanz durch Importkürzungen aktiviert werden. Der Lebensstandard ist von 1978 bis 1983 um 6 bis 7 vH gesunken. „Maßgeschneiderte Regulatoren“ (Ausnahmeregelungen) konservieren unrentable Strukturen, allzu häufige Änderungen der Regulatoren verunsichern die Betriebe.

Ein Dilemma der ungarischen Reformpolitik besteht darin, daß sie eine stärkere Belohnung von Leistung beabsichtigt, hierfür aber keine Mittel zur Verfügung stehen, weil wenigstens der Produktionszuwachs exportiert werden muß.

Dennoch dürfen die Vorteile des ungarischen Lenkungssystems nicht übersehen werden. Wie in keinem anderen RGW-Land wird die Initiative des einzelnen unterstützt, werden zusätzliche Möglichkeiten zur Einkommenserzielung durch Arbeit geboten. In kaum einem anderen RGW-Land werden auch die wirtschaftspolitischen Probleme so offen diskutiert wie in Ungarn. Insofern sollte bei der Bewertung des ungarischen Lenkungssystems die politische Dimension nicht außer acht gelassen werden.

Die Entscheidung der politischen Führung, die Veränderung im Lenkungssystem in den nächsten Jahren in der bisherigen Richtung fortzusetzen, ist ein Indiz dafür, daß sich die ungarische Wirtschaftsreform trotz unzureichender Effizienzsteigerungen nicht in einer Sackgasse befindet.

## Bulgarien: Dezentralisierung

Nach einer Probephase zuerst in der Landwirtschaft (seit 1979) und später auch in der Industrie (seit 1980) wurde der „Neue Wirtschaftsmechanismus“ (NWM) Anfang 1982 auf die gesamte Wirtschaft Bulgariens ausgedehnt. Es handelt sich dabei indes nicht um ein geschlossenes Reformprogramm. Im Gegenteil: Seither sind die neuen Regeln des Planungs- und Leitungssystems häufig weiter verändert worden — im offiziellen Sprachgebrauch wird dieses System fortwährend „vervollkommenet“ —, so hat es zum Jahreswechsel 1983/84 eine weitreichende Novellierung des Reformpaketes gegeben, und eine erneute Änderung steht gegenwärtig offenbar bevor. Dies ist ein Hinweis auf die Schwächen, Lücken, Inkonsistenzen und Unklarheiten im ursprünglichen Reformkonzept, aber offensichtlich auch darauf, daß die Durchsetzung der von der Regierung beschlossenen Maßnahmen in der Wirtschaft auf einen (nicht genau lokalisierbaren und quantifizierbaren) Widerstand gestoßen ist. Dies erschwert eine Beurteilung des Reformprozesses durch Außenstehende.

Im Mittelpunkt des NWM steht die Ablösung der rein administrativen Planwirtschaft durch ein „neues ökonomisches Herangehen“. Dafür sollen Planung und Plankontrolle stärker dezentralisiert werden. Die traditionellen mengenmäßigen Planaufgaben sollen eingeschränkt werden. Neben der Grundstoff- und Energiewirtschaft bleiben zwar 70 vH der verarbeitenden Industrie der direkten Planung unterstellt, die Anzahl der vollzugsverbindlichen Plankennziffern soll aber stärker reduziert werden. Steuerung und Erfolgsbemessung der übrigen Wirtschaftsbereiche werden im Detail auf indirekte Wertkennziffern verlagert (Bruttogewinn, Liquidität, Preise, Kredite, Deviseneinnahmen usw.). Hinzu kommen Zuliefer- und Abnahmeverträge, die das Produktionssortiment und damit auch die sogenannten „Gegenpläne“ diese Wirtschaftseinheiten bestimmen. Die Lohnentwicklung wird grundsätzlich an die Betriebsleistung — gemessen am Nettogewinn — gebunden, allerdings wird auch hierbei die Bedeutung der zentralen Kontrolle betont. Auch die Preisbildung bleibt prinzipiell im Kompetenzbereich staatlicher Behörden, sie soll allerdings flexibler gestaltet werden und sich — erstmalig — verstärkt an der Entwicklung der Weltmarktpreise orientieren. Absolute Priorität soll die Inflationsbekämpfung haben.

Auf dem Investitionssektor wird die zentrale Kontrolle de facto kaum gelockert, hier bleiben die Vorstellungen der obersten Planbehörden ausschlaggebend. Demgegenüber sind die Modifizierungen am staatlichen Außenhandels- und Valutamonomopol — das grundsätzlich beibehalten wird — durchgeführt worden: Das Außenhandelsergebnis beeinflußt danach erstmalig direkt die Gewinn- und Verlustrechnung der exportierenden und importierenden Wirtschaft. Die Außenhandelsorganisation wurde gelockert. Die Betriebe dürfen nach bestimmten Regeln

über einen eigenen „Valutafonds“ verfügen. Keine Veränderungen gibt es im Bereich der Währungspolitik: Die Landeswährung ist nach wie vor nicht konvertierbar. Am offiziellen — ökonomisch unrealistischen — Wechselkurs gegenüber dem US-\$ und dem Transfer-Rubel wird in Verbindung mit (geheimgehaltenen) internen Umrechnungskoeffizienten und einem System von normativ festgesetzten Exportsubventionen festgehalten.

Diese partielle Wirtschaftsreform („kontrollierte Dezentralisierung“) wird begleitet von der staatlichen Unterstützung für gewerbliche Klein- und Mittelbetriebe sowie — was noch wichtiger ist — von einer positiveren Einstellung staatlicher Behörden gegenüber den privaten Hofwirtschaften auf dem Lande (auf sie entfielen 1982 rd. 13 vH des Ackerlandes und ein Viertel der gesamten Agrarproduktion).

## Schattenwirtschaft: Reformersatz?

In der Diskussion über die Schattenwirtschaft verlagert sich der Schwerpunkt von definitorischen und Abgrenzungsproblemen sowie von empirischen Darstellungen zu einer theoretischen, systemanalytischen Betrachtung auf dem Hintergrund der „Lichtwirtschaft“. Dabei steht auch das Verhältnis der Schattenwirtschaft zur Reform des offiziellen Wirtschaftssystems im Blickfeld. Unter diesem Gesichtspunkt müssen die — sowieso forschungszielbedingten — Definitionen überdacht werden. In den folgenden Überlegungen ist die Schattenwirtschaft ein Teil des sowjetischen Wirtschaftssystems, der sich nicht schlechthin staatlicher Kontrolle entzieht, sondern außerhalb des offiziellen Wirtschaftssystems liegt, aber von diesem dauernd auf verschiedene Weise beeinflußt wird. Dynamik und Wechselwirkungen zwischen beiden müssen aus der Entwicklung des offiziellen Wirtschaftssystems erklärt werden.

Meist wird das offizielle Wirtschaftssystem mit der Planwirtschaft schlechthin indentifiziert. Es sollte jedoch sorgsam zwischen den verschiedenen Methoden staatlicher Steuerung unterschieden werden. Schon das offizielle Wirtschaftssystem ist ein System, in dessen einem Teil strikte zentrale Planung und Leitung dominieren (Schwerpunktbereich) und dessen zweiter Teil (Normalwirtschaft) neben der zentralen Steuerung auch Entscheidungsspielräume der Betriebe, direkte horizontale Beziehungen, ökonomische Stimulierung nach globalen Erfolgsindikatoren u.a. enthält. Zu diesem Teil gehören als normale Bestandteile des Wirtschaftssystems die Nachfrage der Bevölkerung, der Kolchosmarkt, gewisse zulässige Markterscheinungen im System der Arbeitskräfteversorgung u.a.

Die Schattenwirtschaft ist auf Bereiche beschränkt, die außerhalb des zulässigen Wirtschaftssystems liegen. Die Übergänge sind fließend. Die Schattenwirtschaft umfaßt unterschiedliche, häufig nicht untereinander verbundene Teilbereiche, sie ist eine Addition von Restbereichen. Für

ihr Entstehen sind Fehlleistungen der offiziellen Wirtschaft, Eigeninitiative mit privater Motivationsstruktur konstitutiv, die häufig auf privatwirtschaftlichen Traditionen beruhen. Nebenbedingungen (z.B. Ressourcenverfügbarkeit) müssen hinzutreten.

Die Schattenwirtschaft kann nur durch Verbote direkt beeinflusst werden (administrative Verbote, Sanktionsandrohungen, Bestrafungen). Ökonomische Steuerungsmechanismen erreichen die Schattenwirtschaft in der Regel über zwei Stufen indirekter Beziehungen (Staat — Betrieb der Normalwirtschaft; Normalwirtschaft — Schattenwirtschaft). Kennziffern, Preise, das Geld- und Finanzsystem, die Faktorbereitstellung und ihre Bewertung sowie das Versorgungssystem schaffen indirekt Bedingungen (Parameter) für die Schattenwirtschaft.

Die Ausdehnung bzw. Reduktion der Schattenwirtschaft sind das Resultat mißlungener oder gelungener Reformen. Obwohl empirisch nicht nachweisbar, spricht vieles dafür, daß alle Reformen, die als Verstärkung zentraler Steuerung verstanden werden können — außer im Schwerpunktbereich — die Schattenwirtschaft tendenziell fördern, obwohl von den legalen Bedingungen und der Ressourcenausstattung der umgekehrte Effekt ausgeht. Eine Erweiterung des Entscheidungsspielraums der Betriebe tendiert dazu, die Schattenwirtschaft eher einzuengen, obwohl betriebliche Fehlentscheidungen und eine bessere Ressourcenausstattung in die andere Richtung weisen. Schattenwirtschaft ist kein Reformansatz, sondern ein ungeliebter Ersatz für Reformen.

### **Wirtschaftsreformen in der UdSSR aus soziologischer Sicht: Fehlende Motivationen**

Wirtschaftsreformen sind in der Sowjetunion zunehmend auch Gegenstand soziologischer Betrachtungsweise. Gerade der bereits erwähnte „Bericht aus Novosibirsk“ hat nachdrücklich betont, die Verbesserung der Planung und Leitung sei primär ein soziologisches und nicht so sehr — wie viele Ökonomen in der UdSSR, übrigens auch in Novosibirsk, denken — ein mathematisch-technisches Problem („das bestehende System kann nur von den sozialen Gruppen geändert werden, die darin ziemlich hohe Positionen bekleiden und infolgedessen an dieses System durch persönliche Interessen gebunden sind“).

Produktionsbeziehungen sind, das müssen auch Ökonomen erkennen, nicht gesellschaftsneutral. So sind auch die Vorstellungen von dem, was „Effizienz“ bedeutet, davon geprägt, was die unterschiedlichen Wirtschaftssysteme gesellschaftlich ausmacht. Auf der Mikroebene gibt es in der UdSSR eine delikate Balance zwischen bindenden Zusagen an die Arbeiter, wie die Garantie des Arbeitsplatzes, und — im „Tausch“ dagegen — eine betriebliche (wenn auch nicht systembezogene) Loyalität der Belegschaft. Auch die Sorge um die

alltäglichen Belange der Arbeiter, wie Wohnungsbeschaffung, Sportanlagen, Ferien- und Erholungsheime, Lebensmittelversorgung, ist in der UdSSR — anders als in westlichen Marktwirtschaften — eine Aufgabe der Betriebe. Wenn die Betriebe ihre Versorgungsfunktion nicht oder schlecht erfüllen, werden sie Konfliktpartner der Arbeiter in Bereichen, die in westlichen Gesellschaften nicht im Produktionssystem ausgetragen werden. Bei Nichteinhaltung verbriefter Ansprüche der Arbeiter sind die Betriebe gezwungen, auch den Arbeitern Verstöße nachzusehen.

Unter Reformen wird in der UdSSR arbeitssoziologisch die Einführung von Brigaden zur Stimulierung einer hochwertigen Arbeit verstanden, um dadurch ein intensives Wirtschaften zu ermöglichen. Heute sind fast 60 vH der Industriearbeiter in solchen Brigaden organisiert. Diese Brigaden bieten zwar einige Vorteile, besonders unter den sowjetischen Bedingungen einer gering entwickelten beruflich-fachlichen Arbeitsausbildung. Aber in der Literatur werden auch negative Tendenzen betont, wie die Senkung der Leistung auf gruppenspezifische Normen. Auch nehmen die „Kontrollmöglichkeiten“ der Arbeiter insofern zu, als die Solidarisierung der Brigadenmitglieder dazu führt, daß Störungen im Produktionsablauf nun einhellig der betrieblichen Verwaltung angelastet werden und individuelles Fehlverhalten noch besser verdeckt werden kann.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht heißt dies, das Problem der Wirtschaftsreform darf nicht nur — wie häufig angenommen wird — in Interessenwidersprüchen zwischen Ministerien und dem betrieblichen Management gesehen werden. Die Konflikte des Managements mit der informell stärker gewordenen Arbeiterschaft kommen gleichsam als dritte Ebene hinzu, auf der eine erfolgreiche Durchsetzung der Wirtschaftsreform gebremst, wenn nicht gar verhindert wird. Bei den ohnehin bestehenden sektoralen Ungleichgewichten wird es kaum gelingen, Restriktionen — etwa im Hinblick auf ineffiziente Arbeitsplätze — durchzusetzen und die Arbeitsleistung zu steigern.

### **Wirtschaftsreformen in Osteuropa als Gegenstand der Wirtschaftstheorie**

Der marxistische Ansatz ist für Reformversuche in den sozialistischen Ländern unfruchtbar. Die zentralgeplante Wirtschaft entspricht ziemlich genau dem Hinweis von Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ vom Sozialismus als niedriger Stufe der kommunistischen Utopie. Die Reformversuche, die dem Markt eine größere Rolle anvertrauen, stellen aus der Sicht des dogmatischen Marxismus eine Art von Ketzertum dar, und die Reformisten werden oft als Revisionisten erbarmungslos bekämpft. Mit der Kaltstellung der Reformisten, die sich als offene Marxisten betrachten, sind Erneuerungsversu-

che des Marxismus in den sozialistischen Ländern zu Ende gegangen.

In der neoklassischen Schule konzentrierte sich die Diskussion auf den sogenannten Marktsozialismus. Hier ist vor allem das Konzept von Oskar Lange hervorzuheben. Lange sah die Lösung des Problems der effizienten Allokation der Ressourcen in der Simulation eines Marktes für Produktionsgüter bei Beibehaltung der Märkte für Konsumgüter und Arbeitsdienstleistungen. Die Diskussion darüber hat meistens einen normativen Charakter; sie untersucht nicht die tatsächlichen Probleme der zentralgeleiteten Wirtschaft, sondern sie schreibt Lösungen vor. Die neuere Kritik des Marktsozialismus unterstreicht die schon früher hervorgehobenen, jetzt aber besonders aktuellen Fragen der Informations- und Motivationsstruktur. Sogar die begrenzte Information der Konkurrenzlösung in bezug auf die Preisfestsetzung bleibt noch immer sehr groß und ist für die zentrale Planungsbehörde kaum zu bewältigen. Eine Motivation der Firmenmanager zur Befolgung der ihnen auferlegten Regelung ist nicht erkennbar. Ungelöst bleiben auch dynamische Probleme, vor allem solche, die mit Risiko und Unsicherheit verbunden sind.

In der positiven Theorie der zentralgeplanten Wirtschaft wird vor allem der Versuch unternommen, aus der Definition dieser Wirtschaft und aus ihren Eigenschaften die bestehenden Unvollkommenheiten abzuleiten. Sie bestehen in der mangelnden Selbständigkeit der Unternehmen, die finanziell für ihre Tätigkeit nicht verantwortlich sind. Sie bestehen weiter in Plänen, die in der Regel inkonsistent und ineffizient sind. Die Informationen von der Basis an das Zentrum sind systembedingt verzerrt: Die Input-Bedürfnisse sind überhöht, die Output-Möglichkeiten werden nicht aufgedeckt. Dies ergibt sich vor allem aus dem Anreizsystem, bei dem das „ratchet principle“ (die Planaufgaben für die nächste Periode gehen von dem

erreichten Niveau aus; je höher das erreichte Niveau, desto schwieriger die zukünftigen Planaufgaben) die Regel bildet. Die Beziehungen zwischen den Unternehmungen führen notwendigerweise zu Mangelerscheinungen in allen Bereichen. Die Folge ist unter anderem eine illegale Wirtschaft und eine weit verbreitete Korruption.

Die Geschichte der Reformversuche ist enttäuschend. Zunächst glaubte man, ohne Reformen auskommen zu können. Deutliche Fehlentwicklungen sollten administrativ und durch Kampagnen (gegen Feinde und Diebe) behoben werden. Änderungen in der Wirtschaftspolitik zugunsten des Konsums sollten das materielle Interesse der Bevölkerung erhöhen. Alle diese Versuche brachten keine grundsätzliche Besserung. So wandte man sich Reformen zu: der Stärkung des Zentrums, den reinen Organisationsänderungen und endlich den substantiellen Änderungen, die der Marktkoordination eine erkennbare Rolle innerhalb der zentralgeleiteten Wirtschaft zuerkennen. Diesen letzten Weg ging seit 1968 Ungarn mit seinem neuen ökonomischen Mechanismus. Auch dies war nur ein Teilerfolg. In allen anderen Ländern hat sich substantiell nur wenig geändert. Auch die Versuche, die Wirtschaft durch eine gewisse Demokratisierung zu beleben, schlugen fehl. Die Ursachen dieser Fehlschläge liegen in geopolitischen, politischen und ideologischen Ursachen, weiter in den „vested interests“ derjenigen, die an der Erhaltung des alten Systems interessiert sind, und endlich in der Unvollkommenheit der Reformversuche selbst.

Die Möglichkeit zur Reformierung der zentralgeplanten Wirtschaft besteht nur teilweise. Es ist ein angebotsbegrenztes System, und nur als solches bildet es eine Alternative zum nachfragebegrenzten Kapitalismus. Die Nachteile dieses Systems im Bereich vor allem der Effizienz erlauben ihm keine erfolgreiche, langfristige Konkurrenz mit dem Kapitalismus.

### Übersicht über den Tagungsablauf

Prof. Dr. *Hans-Jürgen Krupp*, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin

„Ziele des Symposions“

Dr. *Heinrich Machowski*, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

„Leistungsschwäche und außenwirtschaftliche Belastung der RGW-Landwirtschaften“

Dr. *Maria Elisabeth Ruban*, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

„Stagnierender Lebensstandard in Osteuropa“

Dr. *Doris Cornelsen*, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

„DDR“

Dr. *Hans-Hermann Höhmann*, vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

„Sowjetunion“

Dr. *Jochen Bethkenhagen*, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

„Ungarn“

Universitätsdozent Dr. *Gerhard Fink* und Mag. *Ilse Grosser*, vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche

„Bulgarien“

Prof. Dr. *Friedrich Haffner*, von der Universität München

„Schattenwirtschaft: Reformersatz?“

Dr. *Wolfgang Teckenberg*, von der Universität Kiel

„Wirtschaftsreformen aus soziologischer Sicht“

Prof. Dr. *Kazimierz Laski*, von der Universität Linz

„Wirtschaftsreformen in Osteuropa als Gegenstand der Wirtschaftstheorie“

## Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

### Beiträge zur Strukturforschung

- Heft 64 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.** Von Bernd Bartholmai, Herwig Birg, Wolfgang Erfeld, Nikolai Lutzky, Horst Mentrup, Friedhelm Plogmann, Hans-Joachim Schalk. Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 65 **Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (Berlin FG). Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung.** Von Peter Ring. 276 S. 1981. DM 64,—.
- Heft 66 **Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft.** Eine vergleichende Analyse für sechs EG-Länder anhand aktueller Import- und Exportströme im Handel mit Industrieprodukten. Von Dieter Schumacher. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 67 **Tarifpolitik und europäische Integration.** Von Bernhard Seidel. 176 S. 1981. DM 110,—.
- Heft 68 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.** Von Henryk Bolik, Dieter Hölsken, Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld, Norman Treinies, Dieter Wilken. Koordination: Heinz Enderlein und Hartmut Kuhfeld. 226 S. 1981. DM 112,—.
- Heft 69 **Staatliche Einflußnahme auf die Baunachfrage** — Eine Analyse für die Jahre 1965 bis 1980. Von Dieter Vesper. 262 S. 1981. DM 89,60.
- Heft 70 **Analyse und Projektion der Personenverkehrsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Rainer Hopf, Heilwig Rieke und Ulrich Voigt. 167 S. 1982. DM 98,—.
- Heft 71 **Das Sachvermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Görzig. 101 S. 1982. DM 38,—.
- Heft 72 **Zur Umstellung des internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel.** Von Hans Martin Duseberg. 67 S. 1982. DM 36,—.
- Heft 73 **Zeitlicher Zusammenhang zwischen Hochbaugenehmigung und Auftragseingängen im Konjunkturverlauf.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener. 170 S. 1983. DM 98,—.
- Heft 74 **Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten — ein Vergleich.** Von Manfred Melzer unter Mitarbeit von Wolfgang Steinbeck. 220 S. 1983. DM 142,—.
- Heft 75 **Budgetpolitik Österreichs im internationalen Vergleich.** Von Manfred Teschner und Dieter Vesper. 115 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 76 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West).** Eine Repräsentativerhebung für die Jahre 1977 bis 1981. Von Kurt Hornschild. VII, 161 S. 1983. DM 56,—.
- Heft 77 **Die Entwicklung des Personenverkehrs in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Hartmut Kuhfeld und Joachim Niklas unter Mitarbeit von Jutta Kloas. 156 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 78 **Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland — Entwicklung, Handel, Politik** —. Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Peter Hrubesch, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 330 S. 1984. DM 88,—.
- Heft 79 **Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1983. 230 S. 1984. DM 68,—.
- Heft 80 **Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem.** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Ulrich Brasche, Christoph F. Büchtemann, Wolfgang Jeschek und Werner Müller. 255 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 81 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen von Veränderungen der Struktur des öffentlichen Sektors** — Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Bernd Bartholmai, Oskar de la Chevallerie, Volker Meinhardt, Frank Stille, Dieter Teichmann und Dieter Vesper. 266 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 82 **Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen** — eine Branchenstudie — Von Arthur Boneß, Gerhard Neckermann, Rainer Pischner und Reiner Stäglin. 400 S. 1984. DM 98,—.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp  
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,  
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

*Wirtschaftsreformen in Osteuropa: Effizienzsteigerung oder Sackgasse?* Bearbeitet von Doris Cornelsen/Heinrich Machowski.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.  
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.  
Zuzüglich Versandkosten.